Stadt Plauen
Stadtrat

Plauen, 23. Juni 2017

Niederschrift
über die 31. Sitzung des Stadtrates

Sitzung am :	Dienstag, den 13.06.2017
Sitzungsort:	im Großen Ratssaal des Rathauses

Beginn: 15:30 Uhr **Ende:** 20:38 Uhr

Anwesenheit:
Von 43 stimmberechtigten Mitgliedern des Stadtrates sind 25 ständig anwesend.

Vorsitzender: Oberbürgermeister Ralf Oberdorfer

Stimmberechtigtes Mitglied	Stimmberechtigtes Mitglied	Stimmberechtigtes Mitglied
Andre Bindl	Christian Hermann	Dieter Rappenhöner
Ingo Eckardt	Daniel Herold	Ilka Reißner
Christian Erdmann	Wolfgang Hinz	Wolf-Rüdiger Ruppin
Hansgünter Fleischer	Klaus Jäger	Thomas Salzmann
Klaus Gerber	Tobias Kämpf	Annekatrin Schicker
Sven Gerbeth	Kerstin Knabe	Jörg Schmidt
Claudia Hänsel	Rico Kusche	Uta Seidel
Andre Hegel	Juliane Pfeil-Zabel	Christa Süß

Zeitweise Anwesende:
Zeitweise anwesend sind 9 stimmberechtigte Mitglieder des Stadtrates.

Stimmberechtigtes Mitglied	während TOP
Dirk Brückner	zeitweise anwesend ab TOP 2.3.
Alexandra Glied	zeitweise anwesend ab TOP 3.
Ronny Hagen	zeitweise anwesend nach der Vereidigung ab TOP 1.1. bis TOP 2.4.
Monika Mühle	zeitweise anwesend bis TOP 3.
Petra Rank	zeitweise anwesend bis TOP 6.2.
Tobias Rüdiger	zeitweise anwesend ab TOP 1.1. bis TOP 6.9.
Rico Wagner	zeitweise anwesend ab TOP 1.1. bis TOP 2.7.
Benjamin Zabel	zeitweise anwesend ab TOP 2.3.
Frank Michael Zabel	zeitweise anwesend ab TOP 2.2.

Abwesende:
Abwesend sind 9 stimmberechtige Mitglieder des Stadtrates.

Stimmberechtigtes Mitglied	Abwesenheitsgrund
Dieter Blechschmidt	entschuldigt
Xenia Boerner	entschuldigt
Ralf Bräunel	entschuldigt
Thomas Fiedler	entschuldigt
Rene Fischer	unentschuldigt
Prof. Dr. Lutz Kowalzick	entschuldigt
Steffen Müller	entschuldigt
Bernd Stubenrauch	Entschuldigt
Hansjoachim Weiß	entschuldigt

Mitglieder der Verwaltung:

Name	Funktion	Anwesenheit
Herr Zenner	Bürgermeister Geschäftsbereich I	zu allen TOP
Herr Sárközy	Bürgermeister Geschäftsbereich II	zu allen TOP
Herr Brückner	Leiter Büro Oberbürgermeister	zu allen TOP
Frau Göbel	Fachbedienstete für das Finanzwesen	zu allen TOP
Frau Myrczek	Gleichstellungsbeauftragte	zu allen TOP
Frau Seeling	Ausländer- und Behindertenbeauftragte	zu allen TOP
Frau Weck	Leiterin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	zu allen TOP
Herr vom Hagen	Leiter Eigenbetrieb GAV	bis TOP 6.8.
Frau Fischer	Leiterin Kulturbetrieb der Stadt Plauen	öffentlicher Teil
Herr Helbig	Leiter Fachbereich Sicherheit und Ordnung	öffentlicher Teil + TOP 6.6.
Frau Ullmann	zukünftige Leiterin Fachbereich Sicherheit und Ordnung	öffentlicher Teil + TOP 6.6.
Herr Schäfer	Leiter Fachbereich Jugend/Soziales/Schulen/Sport	öffentlicher Teil
Frau Schicker	Leiterin Fachbereich Bau und Umwelt	öffentlicher Teil
Frau Spranger	Controllerin	öffentlicher Teil
Frau Kramer	Controllerin	öffentlicher Teil
Frau Karliner	Leiterin Fachgebiet Personal/Organisation	TOP 2.8. bis TOP 6.6.
Herr Mißbach	Leiter Fachgebiet Betriebswirtschaft/Liegenschaften	öffentlicher Teil
Herr Dr. Salesch	Leiter Vogtlandmuseum	öffentlicher Teil
Herr Zobel	Leiter Fachgebiet Informationstechnik	öffentlicher Teil

Weitere Sitzungsteilnehmer:

von den Fraktionsgeschäftsstellen:

Frau Lorenz, CDU-Fraktion	zu allen TOP
Frau Pietschmann, Fraktion FDP/Initiative Plauen	zu allen TOP
Herr Holtschke, SPD/Grüne-Fraktion	ab TOP 2.7.
Vertreter des Seniorenbeirates	öffentlicher Teil
Vertreter der Presse	öffentlicher Teil

Gäste:

Martin Gabriel	zu TOP 6.6.

Tagesordnung - öffentlicher Teil:

1 Eröffnung der Sitzung
1.1. Vereidigung als Mitglied des Stadtrates der Stadt Plauen
1.2. Tagesordnung
1.3. Beantwortung von Anfragen
1.4. Bekanntgabe von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates am 16.05.2017
1.5. Informationen des Oberbürgermeisters

2. Beschlussfassung
2.1. Bestellung einer Grundschuld zugunsten Freistaat Sachsen
Drucksachennummer: 599/2017
2.2. Grundstücksverkehr (Vergabe eines Erbaurechtes für T. v. Flurstück 1358/1, Plauen)
Drucksachennummer: 592/2017
2.3. Umbau der Gebäude B und C, Seminarstr. 13/15 in Plauen zum Kunst- und Sammlungsdepot für das Vogtlandmuseum Plauen
Drucksachennummer: 577/2017
2.4. Nutzung des Gebäudes Bleichstr. 1 als museale Einrichtung mit dem Arbeitstitel

„Textilzentrum Plauener Spitze im Weisbachschen Haus“ und die Betreibung als Außenstelle des Vogtlandmuseums Plauen durch kommunalen Eigenbetrieb „Kulturbetrieb der Stadt Plauen"
Drucksachennummer: 578/2017
- Antrag SPD/Grüne-Fraktion, ***Reg. Nr. 191-17***, Stellungnahme der Verwaltung

2.5. Bereitstellung überplanmäßiger Auszahlungen und überplanmäßiger Verpflichtungsermächtigung für die Maßnahme Ausstellung Spitzenwelt im Weißbachschen Haus (INV 11-0000003)
Drucksachennummer: 603/2017

2.6. Begrüßungsgeschenk der Stadt Plauen - Gutschein für Kita-Verpflegung
Drucksachennummer: 569/2017

2.7. Überplanmäßige Auszahlungen für die Generalsanierung der Astrid-Lindgren-Grundschule
Drucksachennummer: 587/2017

2.8. Gebietsbeschluss zum neuen Städtebauförderprogramm "Zukunft Stadtgrün Plauen“
Drucksachennummer: 591/2017
Antrag der Fraktion DIE LINKE., ***Reg. Nr. 199-17***

2.9. Bebauungsplan Nr. 041 „Dreifeldsporthalle am Lessinggymnasium“ - Aufstellungsbeschluss
Drucksachennummer: 579/2017
- Antrag der Fraktion DIE LINKE, ***Reg. Nr. 202-17***

2.10. Antrag der SPD/Grüne-Fraktion, ***Reg. Nr. 167-17*** - Bildung einer Arbeitsgruppe IT/ADV

3. Anfragen (§ 21 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

1. Eröffnung der Sitzung

Die 31. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen wird durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit von Oberbürgermeister Oberdorfer eröffnet und geleitet.

Mit Einverständnis des Stadtrates werden zur Mitunterzeichnung der Niederschrift Stadtrat Ingo Eckardt, CDU-Fraktion, und Stadtrat Rico Kusche, Fraktion FDP/Initiative Plauen, bestellt.

1.1. Vereidigung als Mitglied des Stadtrates der Stadt Plauen

Oberbürgermeister Oberdorfer gibt bekannt, dass nach dem vom Gemeindewahlausschuss festgestellten Wahlergebnis Herr Ronny Hagen die nächste gewählte Ersatzpersonen für Herrn Thomas Lauter ist.

Oberbürgermeister Oberdorfer stellt aufgrund des ihm vorliegenden Schreibens fest, dass Herr Ronny Hagen die Wahl als Mitglied des Stadtrates der Stadt Plauen annimmt und keine Hinderungsgründe geltend macht. Damit rückt er gemäß § 34 Abs. 2 der Sächsischen Gemeinde-ordnung in den Stadtrat der Stadt Plauen nach.

Oberbürgermeister Oberdorfer bittet Herrn Ronny Hagen nach vorne und verpflichtet ihn als Mitglied des Stadtrates der Stadt Plauen auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Pflichten gemäß § 35 Abs. 1 Satz 2 SächsGemO.

Oberbürgermeister Oberdorfer bittet Stadtrat Ronny Hagen Platz zu nehmen.

Die entsprechenden Unterlagen für die Sitzung wurden Stadtrat Ronny Hagen vom Sitzungsdienst ausgereicht.

1.2. Tagesordnung

Stadträtin Claudia Hänsel, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE., zieht den Antrag ihrer Fraktion, ***Reg. Nr. 199-17*** (TOP 2.8.) zurück.

1.3. Beantwortung von Anfragen

keine offenen Anfragen

1.4. Bekanntgabe von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates am

Der Stadtrat der Stadt Plauen hat den Abschluss des „Vertrages über die Nutzung der öffentlichen Straßen zur Durchführung des öffentlichen Personennahverkehrs – Konzessionsvertrag“ mit der Plauener Straßenbahn GmbH mehrheitlich beschlossen.

1.5. Informationen des Oberbürgermeisters

Oberbürgermeister Oberdorfer teilt mit, dass am Donnerstag, 15.06.2017 und Freitag, 16.06.2017 der „Revolution Train“ wieder Station in Plauen auf dem Oberen Bahnhof macht.
Am Freitag wären außerhalb der organisierten Durchführungen mit den Schulen auch Termine für private Besucher möglich.

2. Beschlussfassung

2.1. Bestellung einer Grundschuld zugunsten Freistaat Sachsen
Drucksachennummer: 599/2017

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen genehmigt die Bestellung einer Grundschuld am Erbbaurecht für das Grundstück in 08525 Plauen, Nach dem Stadion 25, Flurstück 851/3, Gemarkung Haselbrunn, Erbbauberechtigter VFC Plauen e.V., in Höhe von 150.000,00 EUR nebst Zinsen von jährlich 14 % zugunsten des Freistaates Sachsen, vertreten durch das Sächsische Staatsministerium für Kultus.

Abstimmungsergebnis: 30 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 31/17-1

2.2. Grundstücksverkehr (Vergabe eines Erbbaurechtes für T. v. Flurstück 1358/1, Plauen)
Drucksachennummer: 592/2017

Oberbürgermeister Oberdorfer erläutert den Inhalt der Vorlage.

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, beantragt, folgende Änderung des Beschluss-textes der Vorlage:
„Bis zum Ende der Baumaßnahmen in der Elsteraue ist der Erbbauzins auszusetzen. Erst zu diesem Zeitpunkt ist ein Erbbauzins in Höhe von max. 4 % vertraglich zu regeln.“
Er übergibt einen entsprechenden Änderungsantrag an Oberbürgermeister Oberdorfer.

Stadtrat Klaus Jäger, Fraktion DIE LINKE., äußert sein Unverständnis über den Änderungsantrag. Er merkt an, dass seitens der CDU-Fraktion im Finanzausschuss zum Beschlussvorschlag dieser Vorlage keine Einwände kamen. Er kritisiert die kurzfristige Einreichung dieses Antrages.
Außerdem sei die zügige Unterzeichnung des Vertrages sehr wichtig, damit die Fördermittel beantragt werden können.

Frau Göbel, Fachbedienstete für das Finanzwesen, kann die beantragte Aussetzung des Erbbauzinses bis zum Ende der Baumaßnahmen nicht befürworten.
Sie hält einen marktgerechten Zinssatz während der gesamten Vertragslaufzeit für unverzichtbar. Dieser wäre mit den genannten 4 % gerade so gegeben.

Weiterhin führt Frau Göbel aus, dass im Zusammenhang mit dem Erbbaurecht und den beabsichtigten Investitionen auch öffentliche Mittel in Größenordnungen fließen.
Sie bittet dringend zu beachten, dass auch zukünftig mit der Betreibung dieser angestrebten Vorhaben des Vereins keinesfalls ein höherer städtischer Zuschuss verbunden sein darf.
Wenn vom Verein eine Erweiterung der Angebote angestrebt wird, sei es aus Sicht von Frau Göbel unerlässlich, dass diese auch aus eigener Kraft vom Verein umzusetzen sind.

Oberbürgermeister Oberdorfer stellt fest, dass die Annahme des Änderungsantrages der CDU-Fraktion nicht empfohlen werden kann. Er merkt an, dass die städtischen Zuschüsse der Stadt Plauen an den Verein jährlich 32.400 EUR betragen. Dass der geforderte Erbbauzins von 1.445 EUR pro Jahr ein so großes Problem darstellen soll, kann er nicht nachvollziehen.

Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne-Fraktion, zeigt sich sehr überrascht über die Kurzfristigkeit des Antrages, zumal auch keine Begründung für die Kurzfristigkeit genannt wurde bzw. seitens des Vereins an die Stadtverwaltung keine Gründe benannt wurden, warum der Erbbauzins nicht gezahlt werden könnte.

Stadtrat Schmidt, teilt mit, dass Gespräche mit dem Verein geführt wurden. Die CDU-Fraktion vertritt die Meinung, dass es gerechtfertigt sei, mit der Zahlung des Erbbauzinses noch zu warten.
Die zusätzlichen Kosten würden den Verein belasten. Der Antrag sei zielführend und gerechtfertigt.

Oberbürgermeister Oberdorfer ruft den Antrag der CDU-Fraktion zur Abstimmung auf.

Beschlussvorschlag:
…am Grundstück einschließlich der Besicherung von Fördermitteln.
Bis zum Ende der Baumaßnahmen in der Elsteraue ist der Erbbauzins auszusetzen.
Erst zu diesem Zeitpunkt ist ein Erbbauzins in Höhe von max. 4 % vertraglich zu regeln.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen; 21 Nein-Stimmen; 3 Stimmenthaltungen

Der Antrag ist abgelehnt.

Beschluss-Nr.: 31/17-3

Oberbürgermeister Oberdorfer ruft nunmehr die Vorlage zur Abstimmung auf.

Beschluss:
Der Stadtrat der Stadt Plauen genehmigt die Vergabe eines Erbbaurechtes an einer Teilfläche von Flurstück 1358/1, Gemarkung Plauen, Größe ca. 840 m², (s. Anlage 1) an Unikat e.V. ,08523 Plauen, Bleichstr. 9-15, für die Dauer von 30 Jahren und einen Erbbauzins in Höhe von 1.445,00 EUR/Jahr vorbehaltlich Katastervermessung, sowie die Belastung des Erbbaurechtes mit Grundpfandrechten zur Finanzierung der vorgesehenen Investitionen am Grundstück einschließlich der Besicherung von

Fördermitteln.

Abstimmungsergebnis: 30 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; 1 Stimmenthaltung
Beschluss-Nr.: 31/17-3

2.3. Umbau der Gebäude B und C, Seminarstr. 13/15 in Plauen zum Kunst- und Sammlungsdepot für das Vogtlandmuseum Plauen

Drucksachennummer: 577/2017

Oberbürgermeister Oberdorfer merkt an, dass die derzeitige Museumsleitung sowie auch die vorhergehenden Museumsleiter/innen dringend dazu geraten haben, ein Depot für die vorhandenen Sammelgüter des Vogtlandmuseums einzurichten. Die derzeit genutzten Depots seien aus verschie-denen Gründen nicht mehr geeignet.

Herr Dr. Martin Salesch, Leiter des Vogtlandmuseums, erläutert anhand einer Bildschirmpräsentation, die Abwägung der einzelnen Varianten. Er teilt mit, dass derzeit ein neues Museumskonzeptes erstellt wird, welches auch ein Sammlungs- und Sammlungspflegekonzept enthält. Es ist angedacht, dass auch wissenschaftlich mit dem Sammlungsbestand besser gearbeitet und ausgestellt werden kann.
Derzeit ist z. B ein Teil der Sammlung in Räumen in der Nobelstraße eingelagert, die eigentlich für Ausstellungen vorgesehen sind.
Im Gebäude der ehemaligen Berufsschule in der Seminarstraße sei nun ein Objekt gefunden worden, dass sich optimal als Sammlungsdepot eignen würde.

Auf Nachfrage von Oberbürgermeister Oberdorfer teilt Herr Dr. Salesch mit, dass die Räume von der Landesstelle für Museumswesen für geeignet eingeschätzt wurden. auch mit Depotplanern und Restaurateuren wurden die Räume fachlich begutachtet und haben Zustimmung bekommen.
Mit dem Vogtlandkreis wurde die zukünftige Nutzung als Sammlungsdepot ebenfalls abgeklärt.
Mit dem Freistaat Sachsen muss noch eine Klärung bezüglich der Umnutzung der ehemaligen Berufsschule erfolgen.

Herr Zenner, Bürgermeister Geschäftsbereich I, ergänzt, dass im Gebäude B im Erdgeschoss der Hortbereich der neuen Dittes-Grundschule untergebracht werden soll. Die Bedingungen für die Grundschüler würden sich somit sehr verbessern.

Auf Nachfrage von Oberbürgermeister Oberdorfer informiert Herr Dr. Salesch, dass in dem neuen Sammlungskonzept festgelegt werden soll, worauf sich das Vogtlandmuseum konzentrieren will. Somit kann dann im Einzelfall entschieden werden, ob verschiedene Objekte (die evtl. auch doppelt vorhanden sind) abzugeben bzw. „zu entsammeln“.

Stadtrat Hansgünter Fleischer, CDU- Fraktion, befürwortet die Einrichtung eines zentralen Sammlungsdepots. Er bittet um Zustimmung.

Oberbürgermeister Oberdorfer ergänzt, dass auch die Nähe der Gebäude an der Seminarstraße zum Vogtlandmuseum sehr dafür sprechen, diese als Sammlungsdepot zu nutzen.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE., teilt mit, dass auch ihre Fraktion dem Vorschlag der Verwaltung zustimmen wird.

Beschluss:
Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Gebäude B und C der Seminarstr. 13/15 in Plauen gemäß Variantenvergleich Anlage 1 Variante 3 C, nach Freizug der Gebäude durch den Vogtlandkreis, künftig als Kunst- und Sammlungsdepot für das Vogtlandmuseum Plauen zu nutzen und entsprechend umzubauen.

Abstimmungsergebnis: 33 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 31/17-4

2.4. Nutzung des Gebäudes Bleichstr. 1 als museale Einrichtung mit dem Arbeitstitel „Textilzentrum Plauener Spitze im Weisbachschen Haus“ und die Betreibung als Außenstelle des Vogtlandmuseums Plauen durch kommunalen Eigenbetrieb „Kulturbetrieb der Stadt Plauen"
Drucksachennummer: 578/2017

Antrag SPD/Grüne-Fraktion, *Reg. Nr. 191-17,* Stellungnahme der Verwaltung

Herr Dr. Salesch, Leiter Vogtlandmuseum, erläutert den Inhalt der Vorlage anhand einer kurzen Präsentation.

Stadträtin Claudia Hänsel, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE., bedankt sich für die Ausführungen von Herrn Dr. Salesch. Sie hält die vorgetragenen Zahlen für realistisch. Ihre Fraktion ist sehr froh, dass u.a. auch die Arbeit der „Freunde Plauens“ dazu beigetragen hat, dieses wertvolle Haus zu erhalten und nunmehr wieder einer Bestimmung zuführen zu können. Die Fraktion DIE LINKE. wird der Vorlage zustimmen.

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, bedankt sich ebenfalls im Namen seiner Fraktion bei Herrn Dr. Salesch. Die CDU-Fraktion begrüßt und unterstützt dieses Projekt und wird der Vorlage zustimmen.

Stadträtin Kerstin Knabe, Fraktion FDP/Initiative Plauen, fragt zum letzten Absatz der ausgereichten Anlage 7 nach.

Oberbürgermeister Oberdorfer erläutert, dass die Verwaltung Probleme sehen würde, falls das Projekt „Weisbachsches Haus“ vom Stadtrat abgelehnt werden sollte, weil dieses Projekt als so genanntes „Ankerprojekt bei der Fördermittelbeantragung benannt wurde.

Stadtrat Benjamin Zabel, Vorsitzender der SPD/Grüne-Fraktion, erläutert den Antrag seiner Fraktion, ***Reg. Nr. 191-17***, zu dieser Vorlage. Wichtig seien dabei die Klarheit der Finanziellen Auswirkungen, die Klarheit über die Debatte der Beteiligung (welche Vereine) am Projekt, ein klares Bekenntnis des Landkreises zum Projekt, die Klärung der Frage Hofwiesenstraße.

Stadtrat Dieter Rappenhöner, SPD/Grüne-Fraktion, vertritt die Meinung, dass so schnell als möglich „Leben in dieses Haus“ gebracht werden sollte. Er merkt aber an, dass nicht über alles von Anfang an Klarheit herrschen müsse. Dies sei wohl auch nicht zu schaffen. Über die Grundstruktur sollte man sich aber im Klaren sein. Insgesamt scheint dies jetzt der richtige Schritt zu sein, der gegangen werden sollte.

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der Fraktion FDP/Initiative Plauen, gibt ebenfalls die prinzipielle Zustimmung seiner Fraktion zur Vorlage bekannt. Ursprünglich sei man von mehreren Partnern ausgegangen, von denen aber einige wieder abgesprungen seien. Dies sollte man zur Kenntnis nehmen und das Projekt in Angriff nehmen.

Stadtrat Gerbeth merkt an, dass die Thematik zur Schaustickerei am Obstgartenweg aber mit besprochen werden sollte. Der Stadtrat sollte hinsichtlich einer endgültigen Entscheidung dahingehend sensibilisiert werden, was aus diesem einmaligen Ensemble werden soll. Er bittet um gründliche und

sachliche Abwägung aller Pro- und Kontra-Argumente, um eine wohl durchdachte Entscheidung fällen zu können.

Stadtrat Hansgünter Fleischer, CDU-Fraktion, fordert die Mitglieder des Stadtrates auf, der Vorlage zuzustimmen, um nun endlich anfangen zu können und zusätzliche Vereinbarungen später zu diskutieren.

Oberbürgermeister Oberdorfer merkt an, dass der Antrag der SPD/Grüne-Fraktion nicht aufschiebend gemeint sei, sondern noch geändert würde.

Stadtrat Ingo Eckardt, CDU-Fraktion, vertritt die Meinung, dass mit dem Beschluss zu dieser Vorlage der richtige Weg beschritten würde. Er wirbt darum, nicht aus den Augen zu verlieren, was das „Textilmuseum Weisbachses Haus“ eigentlich einmal werden sollte – ein Spitzeninnovationszentrum. Er bittet darum, diese Intention nicht zu verändern.
Die Branche müsse mit ihrer Modernität „mit ins Boot geholt“ werden. Es sollte die Möglichkeit geschaffen werden Kinder und Jugendliche für die Textilbranche in all ihrer Veränderung begeistern zu können. Demzufolge sei es notwendig, Kooperationen mit Hochschulen, Universitäten usw.
Diese Gespräche sollten zeitnah beginnen.

Oberbürgermeister Oberdorfer stimmt dem zu. Es sei richtig, dass der Kulturbetrieb als Betreiber diese Intentionen berücksichtigt.

Herr Zenner, Bürgermeister Geschäftsbereich I, führt aus, dass die Schaustickerei Obstgartenweg im Gebäude an der Hofwiesenstraße 7 zukünftig untergebracht werden soll. Mit dem Vorstand des Vereins, Frau Schad, wurde hierzu bereits ein klärendes Gespräch geführt. Er bittet um Zustimmung zum heute vorgelegten Beschlussvorschlag.

Oberbürgermeister Oberdorfer bittet auf Wunsch des Fraktionsvorsitzenden um folgende Korrektur des Beschlussvorschlages des Antrages der SPD/Grüne-Fraktion, ***Reg. Nr. 191-17***.

Beschlussvorschlag zum Antrag, Reg. Nr. 191-17:

1. **Bis Ende 2018 dem Stadtrat der Stadt Plauen vorzulegen:**

a. vollständige Deckung des Zuschussbedarfs gemäß Grobkonzept 2017 (Stand 20.02.2017)

b. Kooperationsvereinbarungen mit Förderverein Plauener Spitzenmuseum e. V. und dem Verein Vogtländische Textilgeschichte Plauen e. V.

c. ggf. Kooperationsvereinbarung zur Bezuschussung für eine Bertreibung durch den Vogtlandkreis

d. ggf. Kooperationsvereinbarung(en) mit dem Branchenverband Plauener Spitze und Stickerei bzw. mehrerer Textilunternehmen der Region zur Bezuschussung/Mitfinanzierung für eine Betreibung

2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bis Ende 2018 ein Betreibungskonzept der geplanten Einrichtung Hofwiesenstraße z dem Kultur- und Sportausschuss und dem Finanzausschuss vorzulegen.

Oberbürgermeister Oberdorfer nimmt den geänderten Antrag als Arbeitsauftrag an.

Beschluss:
Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Nutzung des Gebäudes Bleichstr. 1 als museale

Einrichtung mit dem Arbeitstitel „Textilzentrum Plauener Spitze im Weisbachschen Haus“ und die Betreibung als Außenstelle des Vogtlandmuseum Plauen durch den Kulturbetrieb der Stadt Plauen.

Abstimmungsergebnis: 32 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; 1 Stimmenthaltung
Beschluss-Nr.: 31/17-5

2.5. Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel und überplanmäßige Verpflichtungsermäch-tigung für die Vorlage 578/2017 Bleich Str. 1 (INV 11-0000003)

Drucksachennummer: 603/2017

Frau Göbel, Fachbedienstete für das Finanzwesen, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Beschluss:
Der Stadtrat beschließt die Bereitstellung von 50.000 EUR überplanmäßiger Auszahlungen für das Jahr 2017 und eine überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung über 181.617 EUR mit Kassen-wirksamkeit 2018-2020 für die Maßnahme Ausstellung Spitzenwelt im Weisbachschen Haus (INV 11-0000003).

Abstimmungsergebnis: 32 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 31/17-6

2.6. Begrüßungsgeschenk der Stadt Plauen - Gutschein für Kita-Verpflegung

Drucksachennummer: 569/2017

Herr Schäfer, Leiter Fachbereich Jugend, Soziales, Schulen, Sport, erläutert den Inhalt der Vorlage. Er teilt mit, dass im Zuge der Vorberatung der Vorlage in den Ausschüssen folgende Änderung festgelegt wurde:

Der Gutschein „Kita-Menü“ kann zur anteiligen Finanzierung von Mittagessen, Frühstück und Vesper in allen ~~Plauener~~ Kindertageseinrichtungen/Kindertagespflegestellen eingesetzt werden.

Außerdem soll der Gutschein allen Kindern zu Gute kommen, **auch wenn sie nicht in Plauen geboren sind aber die Eltern zur Geburt ihren gewöhnlichen Aufenthaltsort in Plauen haben**.

Bezüglich der Information der Eltern zum Erhalt und zur Umsetzung des Gutscheines wird es noch eine verwaltungsinterne Klärung geben.

Es würde laut Aussage von Herrn Schäfer auch kein Problem darstellen, den Gutschein zu erhalten auch wenn ein Kind erst ab dem Hort eine Kindertageseinrichtung besucht.

Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE., kritisiert den Vorschlag der Verwaltung.
Dieser Vorschlag würde keinen gleichwertigen Ersatz zum bisher ausgezahlten Begrüßungsgeld darstellen. nach ihrer Meinung würde es auch noch zu viele Unstimmigkeiten für die Umsetzung geben.

Oberbürgermeister Oberdorfer kann die Meinung von Stadträtin Seidel nicht nachvollziehen.
Viele Dinge (Unstimmigkeiten) die sie darlegte, wurden bereits geklärt und von Herrn Schäfer soeben vorgetragen.

Oberbürgermeister Oberdorfer sieht mit der Einführung dieses Gutscheines einen Weg, von dem die Kinder tatsächlich persönlich etwas haben, was bei der pauschalen Auszahlung des bisherigen

Begrüßungsgeldes an die Eltern nicht gewährleistet werden könnte.

Stadtrat Tobias Kämpf, CDU-Fraktion, teilt mit, dass seine Fraktion mit dem Kompromissvorschlag der Verwaltung mitgehen kann, nachdem die eigenen Vorschläge, wie z. B. Babyschwimmen, nicht berücksichtigt wurden.

Stadtrat Kämpf bittet darum, zu prüfen, ob es auch möglich ist, den Gutschein nicht nur für die 1. Kitaverpflegungsrechnung sondern eventuell auch für eine der folgenden verwenden zu können.

Stadträtin Juliane Pfeil-Zabel, SPD/Grüne-Fraktion, unterstützt den Vorschlag der Verwaltung ausdrücklich und kann die Kritik von Stadträtin Seidel nicht nachvollziehen.

Beschluss:
Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt, dass das Begrüßungsgeschenk der Stadt Plauen für die Neugeborenen in der Stadt Plauen ab 01.01.2017 durch einen Gutschein für Kita-Verpflegung ergänzt wird.

Abstimmungsergebnis: 22 Ja-Stimmen; 1 Nein-Stimme; 9 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 31/17-7

2.7. Überplanmäßige Auszahlungen für die Generalsanierung der Astrid-Lindgren-Grundschule
Drucksachennummer: 587/2017

Herr vom Hagen, Leiter Eigenbetrieb Gebäude- und Anlagenverwaltung, erläutert den Inhalt der Vorlage. Er teilt u. a. mit, dass die gesamte Baumaßnahme ca. 3,9 Mio. EUR kosten wird.

Der entsprechende Fördermittelantrag wurde bewilligt, was heißt, dass die nachträglich entstandenen Kostensteigerungen als förderfähig anerkannt wurden.

Der Umzug der Schüler aus der Allende-Schule zurück in das sanierte Gebäude soll aufgrund von Verzögerungen im Bauablauf nunmehr in den Herbstferien erfolgen.

Im Finanzausschuss wurde die Frage gestellt, ob für dadurch zusätzlich entstehende Kosten die jeweiligen Firmen in Regress genommen werden könnten.
Hierzu führt Herr vom Hagen aus, dass ein Mehraufwand muss beziffert werden müsste.
Der vorläufige Verbleib der Schule im Gebäude der Allende-Schule macht aber im Aufwand keinen großen Unterschied. Ein deutlicher Mehraufwand würde allerdings bei geplantem Umzug in den Sommerferien - mit der Schaffung von Provisorien - entstehen. Deshalb scheint der spätere Umzug in den Herbstferien der richtige Weg zu sein.
Es sei auch sehr schwierig, einer konkreten Firma die Schuld für die Verzögerungen im Bauablauf anzurechnen.
Von der Schulleitung wurde der Umzugstermin in den Herbstferien ebenfalls befürwortet.

Stadtrat Ingo Eckardt, CDU-Fraktion, führt aus, dass man sich mit einer Kostensteigerung von ca. 18 % im normalen Rahmen für so große Baumaßnahmen bewege. Er wirbt um Zustimmung zur Vorlage.

Stadtrat Eckardt reicht kurzfristig folgenden Antrag seiner Fraktion ein:

Beschlussvorschlag:
Für die Monate August 2017 und September 2017 erfolgt eine Übernahme der Kosten einer

Monatskarte der Beförderung mit dem ÖPNV i. H. v. 23,70 EUR pro Monat für die vom

nicht-planmäßigen, um zwei Monate verzögerten Umzug, betroffenen Schulkinder der Astrid-Lindgren-Grundschule durch die Stadt Plauen.

Für die Abrechnung der durch die Eltern in Vorleistung gezahlten Monatskarten soll durch den Geschäftsbereich I ein Formular erstellt werden. Die Rückzahlung soll nach Einreichung der vollständigen Unterlagen durch die Eltern, vom Geschäftsbereich I ab November 2017 vorgenommen werden.

Als Deckungsquelle für die max. 3.500 EUR ist analog der Deckung de rErhöhung der Mehrkosten zu verfahren:
Die Deckung für die Erhöhung des städtischen Eigenanteils kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur aus liquiden Mitteln erfolgen.

Oberbürgermeister Oberdorfer erklärt, dass der CDU-Fraktion schon bei Beginn der Baumaßnahmen mitgeteilt wurde, dass Fahrtkosten prinzipiell nicht von der Verwaltung erstattet werden.

Oberbürgermeister Oberdorfer wird sich aber beim Zweckverband ÖPNV dafür einsetzen, dass die Möglichkeit des Erwerbs von Schüler-Tickets für ca. 3 Monate statt für ein ganzes Jahr geschaffen wird.

Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne-Fraktion, erschließt sich der Antrag der CDU-Fraktion nicht. Ein Zusammenhang mit der hier zu behandelnden Vorlage kann nicht hergestellt werden, so dass sich auch die kurzfristige Einreichung nicht erklären lässt. Die Behandlung des Antrages könnte durchaus auch in einer späteren Stadtratssitzung behandelt werden.

Stadträtin Ilka Reißner, Fraktion DIE LINKE., fragt bezüglich der Außenanlagen der Astrid-Lindgren-Schule nach. Angeblich sei die Vorplanung nicht genug ausgereift gewesen, weil nicht genug Vor-untersuchungen bei laufendem Schulbetrieb hätten gemacht werden können.
Dies kann sie nicht verstehen. ein Planer sollte in der Lage sein, den Auftraggeber ausreichend zu unterrichten über notwendige Maßnahmen.

Wenn zusätzliche Mittel für die Wiederherstellung der Außenanlagen entstehen, sollte nach Meinung von Stadträtin Reißner der zuständige Planer in Regress genommen werden.

Oberbürgermeister Oberdorfer erläutert, dass die Ableitung eines Regressanspruches hieraus nicht möglich sei. Die Fördermittelbehörde hätte dies verstanden und die Mehrkosten genehmigt.

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, erläutert zum Antrag seiner Fraktion, dass die Eltern mit den zusätzlichen Kosten für die Schülerbeförderung über die Sommerferien hinaus belastet sein werden. Es wäre gerechtfertigt, den Eltern hier entgegen zu kommen.

Stadtrat Benjamin Zabel, Vorsitzender der SPD/Grüne-Fraktion, bittet um Prüfung, ob der Antrag zur heutigen Sitzung zugelassen werden kann, da eine Sachbezogenheit gemäß § 17 der Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Plauen nicht erkennbar sei.

Oberbürgermeister Oberdorfer hat dies aufgrund der Kurzfristigkeit der Einreichung des Antrages nicht geprüft. Er weist nochmals auf sein Angebot hin, sich beim Zweckverband ÖPNV für eine Abweichung von der jährlichen Abrechnung einer Schülerfahrkarte einzusetzen.

Stadtrat Benjamin Zabel vertritt die Meinung, dass der Antrag inhaltlich ausdiskutiert werden kann. Er kritisiert aber die Kurzfristigkeit des Antrages, zumal er mit finanziellen Auswirkungen verbunden ist. Hierzu hätte es in der Vergangenheit schon mehrfach Diskussionen und Absprachen zwischen den Fraktionen gegeben. Er bittet um eine verbindliche rechtliche Aussage gemäß der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen.

Oberbürgermeister Oberdorfer kann bei dem Antrag der CDU-Fraktion keine Sachbezogenheit zur vorliegenden Vorlage sehen und verweist ihn in den zuständigen Ausschuss.
Eine Rechtsprüfung kann an dieser Stelle und zu diesem Zeitpunkt nicht durchgeführt werden.

Oberbürgermeister Oberdorfer wirbt für die Ablehnung des Antrages der CDU-Fraktion.

Stadtrat Andrè Hegel, Fraktion DIE LINKE., vertritt die Meinung, dass der Antrag heute nicht behandelt werden sollte, weil keine rechtliche Aussage hierzu getroffen werden kann.
Eine Vertagung in den zuständigen Ausschuss wäre richtig.

Oberbürgermeister Oberdorfer bittet um Zustimmung des Antragstellers, dass der Antrag der CDU-Fraktion im nächsten Kultur- und Sportausschuss behandelt werden kann.

Stadtrat Schmidt erklärt, dass der Antrag so kurzfristig gestellt wurde, um noch vor der Sommerpause Klarheit für die Eltern schaffen zu können. Er stimmt aber der Behandlung des Antrages im Kultur- und Sportausschuss um August 2017 zu.

Beschluss:
Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Bereitstellung überplanmäßiger Auszahlungen in Höhe von 260.000 EUR für die Generalsanierung Astrid-Lindgren-Grundschule - Investition 12-0000005.

Abstimmungsergebnis: 30 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; 1 Stimmenthaltung
Beschluss-Nr.: 31/17-8

2.8. Gebietsbeschluss zum neuen Städtebauförderprogramm "Zukunft Stadtgrün Plauen“
Drucksachennummer: 591/2017

Herr Sárközy, Bürgermeister Geschäftsbereich II, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Stadtrat Dieter Rappenhöner, SPD/Grüne-Fraktion, spricht zu seinem Vorschlag aus dem Stadtbau- und Umweltausschuss bezüglich der Erweiterung des Fördergebietes um eine Fläche im Stadtpark. Er zeigt sich erfreut, dass diesem Vorschlag gefolgt wurde.

Stadtrat Klaus Jäger, Fraktion DIE LINKE., war etwas verwundert, dass der Neustadtplatz in diesem Gebietsbeschluss mit aufgenommen wurde. Insgesamt befürwortet er aber das ausgewiesene Gebiet, welches nach seiner Meinung die „grüne Achse gemäß Stadtkonzept 2022“ durch Plauen darstellt.

Bezüglich der nachfolgenden inhaltlichen Beschlüsse (z. B. Aufwertung von Uferzonen) zu diesem Fördergebiet merkt Stadtrat Jäger an, dass es wichtig sei, besonders mit der Weißen Elster bewusster umgegangen werden sollte. „Plauen – eine Stadt am Fluss“ wäre sein Wunsch.

Beschluss:
Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt, die in der Anlage befindliche Fördergebietskulisse zur Antragstellung um Aufnahme in das Städtebauförderprogramm „Zukunft Stadtgrün“.

Abstimmungsergebnis: 31 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 31/17-9

2.9. Bebauungsplan Nr. 041 „Dreifeldsporthalle am Lessinggymnasium“ - Aufstellungsbeschluss -

Drucksachennummer: 579/2017

Antrag Fraktion DIE LINKE., *Reg. Nr. 202-17*

Herr Sárközy, Bürgermeister Geschäftsbereich II, erläutert den Inhalt der Vorlage.
Er legt u. a. die zukünftigen baurechtlichen Verfahrensschritte in diesem Verfahren dar.
Nach der heutigen Beschlussfassung zum Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan werden Untersuchungen vorgenommen. Gleichzeitig erfolgt die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange.
Nach der Erstellung eines Vorentwurfs und den ersten groben Abstimmungen wird ein Entwurf erstellt, welcher dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt wird.
Danach erfolgen die Auslegung dieses Entwurfes und die Öffentlichkeitsbeteiligung.
Ein 3. Stadtratsbeschluss wird zur Abwägung der verschiedenen Belange des Beteiligungsverfahrens notwendig sowie abschließend der Satzungsbeschluss.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE, erläutert den Antrag ihrer Fraktion, ***Reg. Nr. 202-17***.
Die Stadt Plauen soll zu den in der Anlage 5 der Verwaltungsvorlage aufgeführten Stellflächen nach Alternativen suchen, um eventuell einen Teil der Gartenanlage erhalten zu können.
Es gäbe im näheren Bereich um das Lessinggymnasium Brachflächen, deren Eigentümer hierzu befragt werden könnten.

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, teilt mit, dass es sich bei diesem Beschluss um eine sehr emotionale Angelegenheit für die Mitglieder der Kleingartensparte handelt. Trotzdem wird sich die CDU-Fraktion dem Beschlussvorschlag der Vorlage anschließen.
Der Antrag der Fraktion DIE LINKE., ***Reg. Nr. 202-17***, wird hingegen als nicht sinnvoll eingeschätzt.

Stadtrat Dieter Rappenhöner, SPD/Grüne-Fraktion, merkt an, dass der Bau dieser Sporthalle dem Regionalplan entspräche. Er vertritt die Meinung, dass dies genau der richtige Standort sei und das Lessinggymnasium dringend diese Sporthalle benötigt.
Freie Flächen in zumutbarer Entfernung zum Lessinggymnasium (wie von der Fraktion DIE LINKE. beschrieben) kann Stadtrat Rappenhöner nicht erkennen.

Oberbürgermeister Oberdorfer erklärt, dass der Antrag der Fraktion DIE LINKE., *Reg. Nr. 202-17,* heute nicht abgestimmt werden müsste. Die Verwaltung wird das Anliegen innerhalb des Aufstellungsverfahrens prüfen und Ergebnisse vorlegen.
Allerdings sei er nicht bereit, Hoffnungen zu verbreiten, dass vielleicht die Hälfte der Gärten erhalten werden könnten, die mit großer Wahrscheinlichkeit nicht erfüllt werden können.

An dieser Stelle sei die Bauordnung Sachsens nicht überzogen. Um Baurecht zu erreichen, muss lediglich 1 Stellplatz für 15 Besucher der Sporthalle nachgewiesen werden.

Im Gegensatz dazu merkt Oberbürgermeister Oberdorfer an, dass an der Festhalle 1 Stellplatz für 5 Besucher nachgewiesen werden musste.
Es muss damit gerechnet werden, dass praktisch viel mehr Stellplätze für die Besucher der Sporthalle benötigt werden, als im Bebauungsplan nachgewiesen werden müssen. Demzufolge müssen zusätzliche Stellflächen im Umkreis untersucht werden.

Stadträtin Claudia Hänsel, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE., äußert Unverständnis zu diesen Ausführungen. Bei Veranstaltungen an Wochenenden wären die Straßen rund um das Lessinggym-nasium für Besucher frei, da keine Schüler dort parken würden. Der Netto-Parkplatz wäre ebenfalls frei. Oberhalb vom Goetheplatz wäre ebenfalls eine Brache, die erschlossen werden könnte.

Oberbürgermeister Oberdorfer weist darauf hin, dass heute nicht Details in der Planung beschlossen

werden sollen, sondern der Aufstellungsbeschluss. Alle weiteren Fragen bezüglich der Parkplätze usw. folgen dann bei den inhaltlichen Diskussionen.

Stadträtin Kerstin Knabe, Fraktion FDP/Initiative Plauen, merkt an, dass es praktisch sehr schwierig sei, wenn einige Gärten dieser Kleingartensparte bestehen bleiben würden. Dies mache keinen Sinn.

Beschluss:
Der Stadtrat der Stadt Plauen fasst gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) den Aufstellungs-beschluss zum Bebauungsplan Nr. 041 „Dreifeldsporthalle am Lessinggymnasium“ auf der Grundlage des in der Anlage 1 dargestellten Geltungsbereichs und beauftragt die Verwaltung mit der Durch-führung der erforderlichen Planungsschritte nach dem BauGB.

Abstimmungsergebnis: 22 Ja-Stimmen; 4 Nein-Stimmen; 5 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 31/17-10

3. Antrag SPD/Grüne-Fraktion, *Reg. Nr. 167-17* - Bildung einer Arbeitsgruppe IT/ADV

Stadtrat Frank M. Zabel, SPD/Grüne-Fraktion, erläutert den Inhalt des Antrages.

Stadtrat Tobias Kämpf, CDU-Fraktion, hält es nicht für zielführend, noch eine neue Arbeitsgruppe zu bilden, um Einzelaufträge zu besprechen die seiner Meinung nach Grundaufgaben der Verwaltung sind. Das Thema könnte aber gerne separat in den zuständigen Ausschüssen noch einmal diskutiert werden.

Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne-Fraktion, spricht sich für den Antrag aus. Es sei allgemein bekannt, dass der Bereich ADV/IT dringende Umgestaltungsmaßnahmen benötigen würde.

Oberbürgermeister Oberdorfer hält es für löblich, dass mit der Umsetzung dieses Antrages noch mehr Arbeit im Rahmen des Ehrenamtes geleistet werden möchte. Er vertritt aber die Meinung, dass die zuständigen Ausschüsse völlig ausreichen. Es würde nichts dagegen sprechen, das Thema öfters auf die Tagesordnung des Verwaltungsausschusses zu setzen. So kann der gesamte Ausschuss darüber befinden und eine Arbeitsgruppe wäre nicht notwendig.

Stadtrat Benjamin Zabel, Vorsitzender der SPD/Grüne-Fraktion, merkt an, dass eine Diskussion zu diesem Thema im Finanzausschuss bzw. im Verwaltungsausschuss nicht wirklich möglich war.

Aus Sicht von Stadtrat Benjamin Zabel würde es an Arbeitsverweigerung grenzen, wenn im Stadtrat darüber diskutiert würde, ob eine Arbeitsgruppe eingerichtet wird, die noch nicht einmal eine beschlussfassende Struktur hätte. Es solle lediglich die Möglichkeit gegeben werden, dass sich interessierte Stadträte näher zu einem bestimmten Thema austauschen könnten.

Oberbürgermeister Oberdorfer erwidert, dass er den Vorwurf der Arbeitsverweigerung so nicht gelten lassen könne. Er verweist darauf, wie viele Stunden ehrenamtliche Arbeit durch die Mitglieder des Stadtrates bereits in den einzelnen Ausschüssen geleistet würden. Er hält dies für nicht gerechtfertigt.

Stadträtin Kerstin Knabe, Fraktion FDP/Initiative Plauen, hält wenig von der Bildung dieser Arbeitsgruppe. Nach ihrer Meinung gäbe es unter den Mitgliedern des Stadtrates zu wenige IT-Spezialisten, die tatsächlich sachgerecht und mit Fachkompetenz über dieses Thema reden könnten.

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, hält den Vorwurf der Arbeitsverweigerung für sehr anmaßend. Nach seiner Meinung ist der neue Leiter des Fachgebietes Informationstechnik, Herr Zobel, für kompetent. Sollte Herr Zobel tatsächlich externe Hilfe und Unterstützung benötigen, könnte er sich jederzeit an den Stadtrat wenden.

Stadtrat Kämpf merkt an, dass das Arbeitspensum in Ehrenamt, Beruf und Familie in gewisser Weise sehr anspruchsvoll sei. Er persönlich maßt sich nicht an, die Erfahrung eines IT-Spezialisten zu besitzen.
Stadtrat Kämpf hat erkannt, dass man Arbeitsaufträge konkret in die Verwaltung geben sollte und die bezahlten Spezialisten arbeiten lassen und Vorschläge unterbreiten lassen sollte.

Stadträtin Claudia Hänsel, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE., stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Beendigung der Debatte und jetzt sofort über den Antrag abstimmen zu lassen.

Abstimmungsergebnis: Der Geschäftsordnungsantrag wird mehrheitlich angenommen.

Beschluss:
Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zeitnah eine Arbeitsgruppe „IT/ADV in der Stadtverwaltung Plauen“ einzurichten. In dieser Arbeitsgruppe sollen neben Vertreter/innen der Stadtverwaltung auch Vertreter/innen der Stadtratsfraktionen mitarbeiten. Die Arbeitsgruppe soll folgende Themen bearbeiten und bis Ende IV. Quartal 2017 einen Bericht dem Stadtrat vorstellen:

- Einbindung ADV und IT-Management in die Organisationsstruktur der Stadtverwaltung
- Überprüfung der Organisationsstruktur ADV/IT-Management
- Erstellung/Überarbeitung einer IT-Gesamtkonzeption
- Erstellung/Überarbeitung einer eGovernment-Strategie

Bisherige Gutachten externer Gutachter und Empfehlung der Stadtverwaltung aus den vergangenen Jahren sind hierbei zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen; 15 Nein-Stimmen; 3 Stimmenthaltungen

Der Antrag ist mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Beschluss-Nr.: 31/17-12

4. Anfragen (§ 21 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE., spricht das Graffitiprojekt an der Seehauskippe vom letzten Wochenende an, bei dem der Dachverband Stadtmarketing, gemeinsam mit der Mobilen Jugendarbeit Plauen und dem Fanprojekt VFC beteiligt war.
Im Nachgang zu dieser Veranstaltung wurde darum gebeten zu prüfen, ob ein Teil der nicht mehr benutzten Garagen in diesem Gebiet für weitere Graffitiprojekte genutzt und ggf. eine offizielle Fläche für Graffitisprayer eingerichtet werden könnte.

Oberbürgermeister Oberdorfer sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Stadträtin Rank fragt zur Entwässerungsproblematik an der Possig nach. Hierzu gab es eine Einwohnerversammlung in deren Nachgang nun gefragt wurde, ob die Entwässerung so gewollt ist und ob Lösungen für Einwohner gefunden werden können, die sich die hohen Kosten nicht leisten könnten.

Herr Sárközy, Bürgermeister Geschäftsbereich II, antwortet, dass die betroffenen Anwohner

angeschrieben wurden, um bestimmte Anfragen von der Verwaltung zu beantworten.
Nach der Auswertung der Antworten wird der Ortschaftsrat über den Bürgerwillen informiert.
In einer öffentlichen Ortschaftsratssitzung soll dann das weitere Vorgehen dargelegt werden.

Stadtrat Ingo Eckardt, CDU-Fraktion, fragt nach den genauen Gründen für die Entscheidung zur Aufstellung der festen Blitzanlagen im Stadtgebiet Plauen nach. Speziell wird hier die Sinnhaftigkeit des stationären Blitzgerätes an der Friedensstraße in Richtung Neundorfer Str. angefragt. 300 Meter weiter weg vom Blitzer wäre ein Schulweg und dort stünde keine Blitzanlage.

Oberbürgermeister Oberdorfer sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE., spricht die Thematik an, dass an 4 Oberschulen (u. a. auch die Dittes-Oberschule und die Kemmler-Oberschule) im Vogtlandkreis keine Schulsozialarbeiter geben wird. Sie fragt nach, was die Stadt Plauen in Abstimmung mit dem Vogtlandkreis unternehmen wird, damit schnellstmöglich dieser Zustand Veränderung erlangt.

Oberbürgermeister Oberdorfer sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Stadtrat Rico Kusche, Fraktion FDP/Initiative Plauen, hat von Lagerplätzen für „gelbe Säcke“ Fotos an Oberbürgermeister Oberdorfer übergeben. Diese Säcke werden von den Gewerbetreibenden meistens schon am Freitag oder Samstag abgelegt, obwohl die Abholung erst am Montag erfolgt.
Er bittet zu prüfen, ob es eine andere Möglichkeit der Abholung gibt.

Oberbürgermeister Oberdorfer bittet darum den für die Abholung der „gelben Säcke“ zuständigen Vogtlandkreis darauf Einfluss nimmt und eine satzungsgerechte Lagerung und Abholung erfolgt.
Er bittet auch die Medien darum, dieses Thema aufzugreifen. Mülltonen, gelbe Säcke usw. sollten erst am Abend vor der Abholung/Leerung auf die Straße gestellt werden.

Plauen, den	Plauen, den
Ralf Oberdorfer Oberbürgermeister	Ingo Eckardt Stadtrat
Plauen, den	Plauen, den
Peggy Glaß Schriftführerin	Rico Kusche Stadtrat